BSZ Bayerische Staatszeitung

Bayerische Ingenieurekammer-Bau
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Zu Beginn der Heizperiode: „Wir verheizen unsere Zukunft!“



Kolumne von Dipl.-Ing. (FH) Alexander Lyssoudis,
Vorstandsmitglied der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau,
veröffentlicht in der Bayerischen Staatszeitung vom 20.11.2026

Mit dem Beginn der Heizperiode stellt sich jedes Jahr dieselbe Frage: Wie lässt sich komfortabel, wirtschaftlich und zugleich verantwortungsvoll heizen? Eine richtig eingestellte Regelung, funktionierende Thermostatventile, ein hydraulischer Abgleich und optimal angepasste Pumpen können den Energieverbrauch deutlich senken. Gerade im Gebäudebestand liegen hier oft die größten und zugleich kostengünstigsten Einsparpotenziale. Wer seine Anlage regelmäßig überprüft und optimiert, profitiert von einem effizienten Betrieb.

Dabei drängt sich ein Gedanke auf: Während Heizungsbesitzer ihre Anlagen regelmäßig auf Effizienz prüfen sollen, stellt sich die Frage, ob die politischen Rahmenbedingungen ebenfalls „richtig eingestellt“ sind.

Mit dem neuen Gebäudemodernisierungsgesetz hat die Politik die Tür für neue fossile Heizungen wieder geöffnet. Ausgerechnet in einer Zeit, in der die Folgen des Klimawandels immer sichtbarer werden und die Dekarbonisierung des Gebäudesektors zu den zentralen Zukunftsaufgaben zählt, wird die Investition in Gas- und Ölheizungen erneut erleichtert. Das mag kurzfristig attraktiv erscheinen und Eigentümern mehr Entscheidungsfreiheit geben. Langfristig ist es jedoch eindeutig ein energie- und klimapolitischer Rückschritt.

Die Entscheidung sendet ein sehr problematisches Signal. Wer heute eine neue fossile Heizung einbaut, entscheidet nicht nur für den kommenden Winter, sondern für die kommenden 15 bis 20 Jahre. Kapital wird damit in eine Technik gebunden, deren Ablösung politisch bereits beschlossen wurde. Kurzfristige Erleichterungen führen jetzt aber zu langfristigen Belastungen. Während andere Länder ihre Wärmeversorgung konsequent umstellen, verlängern wir hierzulande die Abhängigkeit von Energieträgern, deren Ausstieg absehbar und notwendig ist.

Besonders widersprüchlich wirkt dies im Zusammenhang mit der sogenannten Biotreppe. Die schrittweise Beimischung biogener Energieträger soll fossile Brennstoffe klimafreundlicher machen. Grundsätzlich ist dieser Ansatz nachvollziehbar. Allerdings werden biogene Gase und Öle voraussichtlich dauerhaft teurer sein als ihre fossilen Pendants. Wer aber heute in eine fossile Heizung investiert, muss künftig auch die erhöhten Kosten ihrer schrittweisen Dekarbonisierung durch steigende Marktpreise und steigende CO2 Besteuerung tragen.

Die politische Botschaft lautet damit sinngemäß: Investiere weiter in fossile Technik, stelle dich aber auf steigende Brennstoffkosten ein. Das ist weder wirtschaftlich konsequent noch besonders überzeugend. Die Wärmewende wird dadurch nicht beschleunigt, sondern zeitlich gestreckt.

Aus technischer Sicht wäre ein anderer Weg sinnvoller gewesen. Statt den Ausbau erneuerbarer Wärmeerzeugung zu verzögern, müssten die notwendigen Investitionen vorgezogen werden. Wärmepumpen, Solarthermie, Wärmenetze und andere regenerative Systeme verursachen zwar höhere Anschaffungskosten und erfordern technische Sonderlösungen, bieten aber meist kalkulierbarere und langfristig niedrigere Betriebskosten. Wer früh umsteigt, profitiert entsprechend früher von diesen Vorteilen.

Natürlich können viele Eigentümer solche Investitionen nicht ohne Weiteres stemmen. Daraus folgt jedoch nicht automatisch, dass fossile Heizungen die bessere Lösung sind. Wenn die Finanzierung erneuerbarer Systeme zum Problem wird, sollte die Politik gezielt unterstützen. Öffentliche Förderung wäre in diesem Fall keine Subvention für Einzelne, sondern eine Investition in Klimaschutz, Versorgungssicherheit und stabile Energiekosten für uns alle.

Der eigentliche politische Fehler liegt deshalb weniger in der Technologiefrage als in der Zeitfrage. Die Wärmewende lebt davon, Investitionen vorzuziehen. Das Gesetz bewirkt jedoch häufig das Gegenteil: Entscheidungen werden vertagt, Emissionen verlängert und Einsparpotenziale auf später verschoben. Man könnte auch sagen: „Wir verheizen unsere Zukunft“.

Der Beginn der Heizperiode ist deshalb mehr als ein technischer Stichtag. Er erinnert daran, dass Wirtschaftlichkeit, Effizienz und Klimaschutz keine Gegensätze sind. Die entscheidende Frage lautet nicht, wie wir besonders kostengünstig den kommenden Winter bestreiten. Sie lautet, ob wir heute die richtigen Entscheidungen treffen, damit die Wärmeversorgung der Zukunft bezahlbar, nachhaltig und sicher bleibt. Denn wer den Mut zur Transformation aufschiebt, verschiebt nicht nur Investitionen, sondern auch die Chancen, die darin liegen.